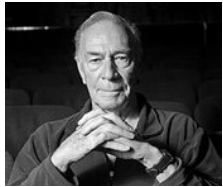


## Schwarze Codes

Der angesehene deutsche Jazzkritiker Christian Broecking ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Seine Bücher »Der Marsalis-Faktor« (1995), »Black Codes« (2005) und »Jeder Ton eine Rettungsstation« (2007) gelten als Grundlagenwerke, zu vielen der darin porträtierten Jazzgrößen hatte er engen Kontakt, etwa Herbie Hancock, Sonny Rollins, Cassandra Wilson, Ornette Coleman und Wynton Marsalis. Zuletzt erschien sein Buch »Respekt! Die Geschichte der Fire Music« (2018) über den sozialen und politischen Kontext des Jazz seit den 1960ern. Broecking wurde 1957 in Flensburg geboren und studierte an der FU Berlin Soziologie, Musikwissenschaft und Publizistik. 2011 promovierte er an der TU Berlin über die gesellschaftliche Relevanz afroamerikanischer Musik. Er schrieb für *Zeit*, *Taz*, *Berliner Zeitung*, *Tagesspiegel* und die *Süddeutsche Zeitung*. 1994 gehörte er zu den Gründern des *Jazzradio Berlin*, von 2000 bis 2003 war er Redaktionsleiter beim *Klassikradio* in Frankfurt am Main. Viele seiner Werke veröffentlichte er in seinem eigenen, dem Broecking-Verlag. (iw)

## Der Eingewechselte



Der Oscargewinner Christopher Plummer ist im Alter von 91 gestorben. Nach Erfolgen auf Theaterbühnen feierte der Kanadier Plummer 1965 seinen Hollywood-Durchbruch als Baron von Trapp in dem Filmmusical »The Sound of Music – Meine Lieder, meine Träume«. In seiner über 50jährigen Leinwandkarriere wirkte er in Filmen wie »Waterloo« (1970), »12 Monkeys« (1995), »Insider« (1999) und als Romanancier Leo Tolstoi in »Ein russischer Sommer« (2009) mit. 2012 holte der damals 82jährige den Oscar für die beste Nebenrolle in dem Drama »Beginners«. Darin spielt er einen Mann, der sich erst im hohen Alter nach dem Tod seiner Frau zu seiner Homosexualität bekennt. Plummer ist der bis jetzt älteste Schauspieler, der einen Oscar erhielt. 2018 wurde er mit 88 Jahren noch einmal als »Beste Nebendarsteller« nominiert für seine Rolle in »Alles Geld der Welt« unter der Regie von Ridley Scott. Eigentlich hatte Schauspieler Kevin Spacey den Part als Ölmilliardär Jean Paul Getty bereits abgedreht, doch nach einem Skandal um Vorwürfe sexueller Belästigung gegen Spacey schnitt Scott die Szenen heraus und filmte sie kurzerhand mit Plummer nach. (dpa/iw)

## Gewinnwarnung für eine Gedenkstätte

Im »Stalag 326« starben Zehntausende sowjetische Kriegsgefangene. Nun soll der Erinnerungsort umgebaut werden – und geschichtspolitisch angepasst. Von Jörg Werner

Die Ankündigung kam wie aus heiterem Himmel: Unglaubliche 50 Millionen Euro sollen der Gedenkstätte »Stalag 326« im ostwestfälischen Stukenbrock zugute kommen, die über Jahrzehnte in ihrer Existenz bedroht war – gerade durch die politischen Kräfte, die jetzt die Spenderhosen anhaben. Der Blick in eine unveröffentlichte Machbarkeitsstudie macht aber klar, wie sich die Geldgeber das Gedenken an die bis zu 70.000 elend ums Leben gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen in Wirklichkeit vorstellen.

Im Durchgangslager »Stalag 326« hatten die Nazis über 300.000 vor allem sowjetische Kriegsgefangene interniert, Zehntausende ließen sie verhungern. Ab 1948 wurden auf dem Gelände »Heimatvertriebene« untergebracht. Es ist bürgerschaftlichem Engagement zu verdanken, dass in der Gedenkstätte »Stalag 326« die Erinnerung an die sowjetischen Gefangenen und den verbrecherischen Charakter des deutschen Faschismus wachgehalten wird, etwa durch die seit 1967 organisierte Gedenkveranstaltung »Blumen für Stukenbrock«. Im Kontext der am 9. Oktober 2020 nachgeholtten Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Befreiung des Lagers – am 2. April selbst konnte wegen der Pandemie nicht gefeiert werden – überraschte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Achim Láschet (CDU) mit der Ankündigung eines wahren Geldseges, 50 Millionen Euro wollen Land und Bund investieren, der Haushaltsausschuss des Bundestags bewilligte im November umgehend 25 Millionen Euro.

Láschet schien sogar den Schulterchluss mit den Mitgliedern des Arbeitskreises »Blumen für Stukenbrock« zu suchen: »Wir sind es den Opfern aus der damaligen Sowjetunion schuldig.« Die Freude darüber ließ die Erinnerung der Aktivistinnen und Aktivisten an ihre frühere Ausgrenzung als »fünfte Kolonne

Moskaus« während des Kalten Krieges verblissen, ebenso an den Beschluss einer rechten Bundestagsmehrheit im Jahr 2013, sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mal eine halbwegs angemessene symbolische Entschädigung zahlen zu wollen.

Fragen nach dem Grund der Freigebigkeit der Politik traten da erst recht in den Hintergrund. Die Übergröße der staatlichen Spenderhose hält eine unveröffentlichte 300seitige »Machbarkeitsstudie zur Neukonzeption der Gedenkstätte »Stalag 326« des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe (LWL) nebst Förderantrag, die *jW* vorliegen, für angemessen. Hier werden sogar 60 Millionen Euro Gesamtkosten veranschlagt. Damit soll dem »Stalag« zur »gesamtsstaatlichen Bedeutung« verholfen werden.

Die Neukonzeption sehen die vom LWL versammelten Experten in »ihrem Fokus auf die Zeitschichten des Lagers bis heute«, sprich »von der Zeit des Stalag 326 (1941 bis 1945) ... bis in die Gegenwart« – offenbar ohne die Verdrängung des Themas »sowjetische Kriegsgefangene« durch die westdeutsche Gesellschaft im Kalten Krieg zu thematisieren. Zugleich haben sie damit von vornherein einen Blick zurück in die Entstehungszeit des deutschen Faschismus vor 1941 eine Absage erteilt. Dafür soll für die Besucher die »Nachgeschichte« der sowjetischen Kriegsgefangenen (nach 1945!) interessant gemacht werden. Das Ziel solchen Gedenkens wundert dann nicht mehr: Es soll darum gehen, die »Exemplarität« der Gedenkstätte »Stalag 326« zu nutzen, um »einen Aspekt der Verfolgungsge-

schichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur« zu betonen.

Kein Wunder ist es deshalb, dass die riesige Fördersumme auf verkürztem Dienstweg abgesegnet wurde. Die Entscheidung darüber hatte die große Koalition nämlich den sogenannten »Haushaltsbereinigungsverhandlungen« übertragen. Damit war die Schwelle einer sonst üblichen fachwissenschaftlichen Beurteilung de facto umgangen worden. CDU-Kämpfe Elmar Brok, der im Lenkungsausschuss des Projektes mitarbeitete, erklärte Ende Dezember, das »neue« »Stalag 326« solle ein »Mahnmal gegen alle Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« werden. Da müssen sich die Aktivistinnen und Aktivisten – bei aller Freude – wohl gehörig sorgen, dass die Blumen für Stukenbrock nicht am Ende auf ganz anderen Gräbern landen.



Sowjetische Opfer interessierten in der BRD lange niemand: Grabstein im Stalag 326

## Oben und unten ■ Wirtschaft als das Leben selbst. Von Helmut Höge

Früher wurde jede dritte staatstragende Flachpfeife im Westen als »Querdenker« bezeichnet – Richard von Weizsäcker, Franz Alt, Iring Fetscher, Peter Sloterdijk und viele andere. Das war ein Ehrentitel des seichten bürgerlichen Feuilletons, der all jenen Denkern zugeteilt wurde, die ihnen geeignet schienen, den Radikalen etwas entgegenzusetzen, ohne konservativ oder reaktionär zu argumentieren.

Mal abgesehen davon, dass Sloterdijk inzwischen eher zu den Rechten zählt, ist »Querdenker« heute der Name einer ganzen Bewegung. »Die Stuttgarter Initiative »Querdenken 711« mobilisierte in ganz Deutschland für den Protest«, meldete der *Tagesspiegel* Ende August und zitierte Berlins Innensenator Andreas Geisel: »Wir beobachten die Mobilisierung im rechtsextremistischen Spektrum sehr genau.« Das Ziel sei gefährlich: »Hier werden die Coronaproteste bewusst unterwandert, um rechtsextremes Gedankengut anschlussfähig zu machen.« Die »Querdenker« sind also gedankliche Unterwanderer der bloß dumpek »Gegner von Coronamaßnahmen«. Für die *FAZ* sind sie nach ihrer Großdemo in Berlin bloß noch

»ein kleiner Haufen aus Linken, Rechten, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und verirrten Bürgerlichen.«

Die *FAZ* berichtet aber auch über eine Studie des Soziologen Oliver Nachtwey aus Basel. Danach sind unter den Anhängern der »Querdenker-Bewegung« besonders viele Wähler der AfD, der Grünen und der Linkspartei. Sozialstrukturell handele es sich um eine relativ alte und relativ akademische Bewegung. Das Durchschnittsalter betrage 47 Jahre, 31 Prozent hätten Abitur, 34 Prozent einen Studienabschluss, der Anteil Selbständiger sei deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Die Coronaleugner unter den »Querdenkern« hätten einen »Hang zur Naturromantik«. Die Studie ist allerdings nicht repräsentativ, da sie auf nur 1.150 Fragebögen basiert, die »Chatgruppen der Querdenker« jedoch mehr als 100.000 Mitglieder haben.

Da die rechten Bewegungen derzeit auf dem Vormarsch sind, stellt sich mir die Lage so dar: Nahezu weltweit sind große Teile der »Mittel- und Oberschicht« (des Establishments) linksliberal, viele der »Unterschicht«, der Armen, prekär Beschäftigten, sind dagegen Rechte geworden. Diese bilden

zur Zeit die aktivste soziale Bewegung (freilich nationalistisch und rassistisch). Es ist eine »Emanzipationsbewegung«, aber eine mit reaktionärer Stoßrichtung, meint die Journalistin Jana Hensel.

Generell gilt, von den USA bis Frankreich, Italien, Spanien, Polen etc., – dass das linksliberale Milieu vor allem in den Städten zu finden ist und dass viele Rechte auf dem Land bzw. in Kleinstädten leben;

– dass sich bei diesen »Linken« die jungen klugen Frauen durchsetzen werden, während sich in der Rechten die stierigen Männer massieren;

– dass, wer nicht diesen ganzen Computer-, App-, Smartphone-, Onlinekauftrieb sozusagen fließend beherrscht, auf schlechtbezahlte Idiotenjobs angewiesen ist (die vier großen Silicon-Valley-Konzerne finanzierten die demokratischen Gegner von Trump, der seinerseits von den wilden Südstaatlern und Losern geliebt wurde – weil angeblich »Antiestablishment«);

– dass diese dynamisch-juvenilen Linksliberalen eine politisch korrekte Sprache, Vegetarismus, das ganze Ökozeug, Diversität, Gendertheorie, Ausländerliebe etc. vertreten und gegen die Klimaerwärmung sind, während

die Rechte das alles für Unsinn, Fakes, Reichenverschwörungen usw. hält und gegen »Asylanten« sowie gegen Schwule ist.

Wichtig ist bei dieser ganzen komischen Verdrehung, dass viele Arme/Rechte nicht für mehr Chancengleichheit, höhere Löhne, Steuererhöhungen für Reiche, bessere Lebensbedingungen für ihre Kinder oder für alle sind, das alles interessiert sie eigentlich gar nicht: Die Ökonomie ist nicht ihr Thema. Statt dessen kämpfen sie für mehr und besser bewaffnete Polizisten, für »Ausländer raus« und für eine positiv besetzte »Nation« im Sinne einer »Identität« (in Polen außerdem für eine rigide Religion, die heilige Familie und ein totales Abtreibungsverbot).

Für mich folgt daraus, neben einer langen Anthropause, der Verdacht, dass wir über kurz oder lang wieder verlustreiche größere Kriege haben werden. Wahrscheinlich wird die »Unterschicht« (das Handarbeitermilieu) das auch begrüßen, damit den Kopfarbeitern, den »Weicheimern« der oberen Schichten (in ihren Homeoffices) mal wieder gezeigt wird, wo der Hammer hängt. Auch wenn sie selbst dabei die Leidtragenden sind.